



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

INFORMATIONSBERICHT

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Unterstützung des unabhängigen Mediensektors in Belarus

Unterstützung des unabhängigen Mediensektors in Belarus

REX/545

Berichterstatterin: **Tatjana BABRAUSKIENÉ**

www.eesc.europa.eu

DE

 [www.eesc.europa.eu/facebook](https://www.facebook.com/eesc.europa.eu)  [www.eesc.europa.eu/twitter](https://www.twitter.com/eesc.europa.eu)  [www.eesc.europa.eu/linkedin](https://www.linkedin.com/company/eesc.europa.eu)  [www.eesc.europa.eu/instagram](https://www.instagram.com/eesc.europa.eu)

Beschluss des Plenums
Rechtsgrundlage

19/05/2022
Artikel 34 der Geschäftsordnung
Informationsbericht

Zuständige Fachgruppe
Annahme in der Fachgruppe

Fachgruppe Außenbeziehungen
12/04/2022

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) äußert sich besorgt über die Situation in Belarus, die sich tiefgreifend auf die geopolitische Gesamtlage der Region auswirkt. Hätte es eine größere Unterstützung für die Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien in Belarus und einen stärkeren Druck auf das Lukaschenko-Regime gegeben, sähe die Situation in Belarus heute vielleicht anders aus und das Land würde Russland nicht bei seinem Krieg gegen die Ukraine unterstützen. Der EWSA stellt fest, dass die Bereitstellung von Mitteln für die freien Medien und die Zivilgesellschaft in Belarus nicht als Wohltätigkeit betrachtet werden sollte, sondern vielmehr als strategische Investition in ein sicheres Europa. Dies gilt erst recht mit Blick auf den derzeitigen Informationskrieg auf unserem Kontinent.
- 1.2 Der EWSA unterstützt den [Aufruf](#) an die Mitgliedstaaten der EU, weltweit ein Beispiel zu setzen und die Medienfreiheit in Krisen dadurch zu unterstützen, dass belarussischen Journalisten, die vor Repressionen geflüchtet sind, geholfen und Zuflucht geboten wird und dass sie von der Visumpflicht befreit werden.
- 1.3 Der EWSA bedauert, dass sich die Lage in Belarus zu einem regionalen Problem entwickelt hat und die westeuropäischen und internationalen Medien darüber kaum berichten. Er betont, dass Belarus eine europäische Angelegenheit ist, die gebührende Aufmerksamkeit erhalten sollte. Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu beitragen könnten, einem breiteren Publikum Nachrichten aus Belarus zu vermitteln, indem sie Kontakte mit unabhängigen Nachrichtenagenturen aus Belarus knüpfen und dafür sorgen, dass deren Berichte auch in anderen Sprachen angeboten werden.
- 1.4 Der EWSA schlägt vor, einen europäischen Fonds sowie nationale Mittel in den EU-Ländern bereitzustellen, um belarussische freie Medien und Journalisten zu unterstützen und das Modell möglicherweise auf andere Länder auszuweiten, in denen eine Diktatur herrscht. In diesem Rahmen sollte auch eine Soforthilfe für unterdrückte und exilierte Journalisten vorgesehen werden, die rechtliche, finanzielle und psychologische Unterstützung benötigen.
- 1.5 Der EWSA ruft dazu auf, sicherzustellen, dass internationale und ausländische Akteure belarussische Medienorganisationen und NRO als juristische Personen anerkennen, unbeirrt durch die Versuche der Regierung, die Tätigkeit solcher Organisationen zu beschränken oder ihnen „Extremismus“ vorzuwerfen. Redaktionsbüros und juristische Personen in Belarus, die überwacht oder unter Drucks gesetzt werden oder zur Ausreise gezwungen sind, sollten beraten werden; außerdem sollten belarussische Journalisten und Medienorganisationen im Ausland bei Legalisierungen (Wohnsitz, Akkreditierung, Registrierung als juristische Personen, Entwicklung neuer Einkünfte usw.) unterstützt werden.
- 1.6 Der EWSA hält eine Strategie für erforderlich, um die Unterstützung so zu kanalisieren, dass die Journalisten dauerhaft weiterarbeiten können. In der EU sollte auch erwogen werden, unabhängige belarussische Journalisten in die nationalen Netze der EU-Mitgliedstaaten einzubinden, indem man ihnen die Mitarbeit in den jeweiligen Medien oder Arbeitsstipendien anbietet. Es muss eine institutionelle Unterstützung für bereits etablierte Medien und/oder für Medien geben, deren Tätigkeit durch das Regime verhindert wird. Besonders wichtig ist der

Aufbau eines dezentralen Netzes von Bloggern und Kommunikationskanälen innerhalb von Belarus.

- 1.7 Der EWSA weist darauf hin, dass mindestens 300 unabhängige Journalisten aus Belarus fliehen und sich große Nachrichtenredaktionen seit 2020 im Ausland niederlassen mussten, wobei sie in Nachbarländern wie Polen und Litauen viel höhere operationelle Kosten tragen müssen als in Belarus. Der EWSA schlägt daher vor, die Unterstützung zu erhöhen und bei der Bereitstellung der finanziellen Hilfen der EU eine gewisse Flexibilität vorzusehen, indem die bürokratischen Anforderungen gelockert werden; Journalisten sind es nämlich nicht gewohnt, so viele finanzielle Formalitäten zu erledigen, und ihnen fehlt auch die Zeit dafür. Außerdem ist das Sicherheitsrisiko nicht zu vernachlässigen, wenn solche Informationen unbeabsichtigt in die Hände des belarussischen Regimes gelangen würden. Anträge und Projektberichte sollten unbürokratischer und leichter zugänglich gemacht werden.
- 1.8 Der EWSA fordert eine Wirkungsanalyse bezüglich der von der EU und einzelnen Mitgliedstaaten geleisteten Hilfe für die Zivilgesellschaft und die freien Medien in Belarus. Er fordert weiterhin, dass sich die diversen Geber mit unabhängigen belarussischen Vertretern ins Benehmen setzen und sich austauschen, um eine bessere Harmonisierung, Sichtbarkeit und Wirksamkeit zu erzielen. Dabei sollten zugleich die effizientesten Kanäle ermittelt werden, über die die Hilfe zu jenen gelangen kann, die diese benötigen.
- 1.9 Der EWSA betont, wie wichtig die alternative Internetversorgung aus der EU für den Fall werden könnte, dass der staatliche Anbieter den Zugang sperrt. Er ist ferner der Auffassung, dass der Informationsaustausch innovativer werden muss, und fordert, solche Innovationen zu unterstützen.
- 1.10 Der EWSA rät den Mitgliedstaaten, dringend alle Richter, Staatsanwälte und Polizeikräfte, die an der Verfolgung von Journalisten und Aktivisten beteiligt sind, in die Sanktionsliste aufzunehmen. Auf keinen Fall darf Ausrüstung oder Software geliefert werden, die zur Zensur des Internets und der Websites in Belarus verwendet wird. Auch muss die nationale Telekommunikationsgesellschaft Beltelecom sanktioniert werden, die das Monopol auf die Durchleitung des internationalen Datenverkehrs hat und für Internetsperren im Land verantwortlich war.
- 1.11 Es ist sehr wichtig, der Internetüberwachung entgegenzuwirken und belarussischen Journalisten Instrumente zur Umgehung der Zensur zu geben und ihre digitale Kompetenz zu verbessern. Das ist ein bedeutsamer Faktor, der zur Förderung der Souveränität des Landes beiträgt.

2. **Politische Lage in Belarus**

- 2.1 Seit der Präsidentschaftswahl in Belarus im August 2020, die von der Opposition und den westlichen Demokratien als manipuliert angesehen wird, ist das autoritäre Regime von Alexander Lukaschenko brutal vorgegangen, um die beispiellose Protestbewegung im Land zu unterdrücken. Das Lukaschenko-Regime hat die Zivilgesellschaft und den Informationssektor in Belarus massiv angegriffen. Große Nachrichtenredaktionen waren gezwungen, ins Exil zu gehen. Viele unabhängige Journalisten und Blogger sind allerdings immer noch im Land, müssen aber anonym

arbeiten und riskieren die Verhaftung. Ihnen wurde die Möglichkeit genommen, sich im Land ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Daher ist es von wesentlicher Bedeutung, die in Belarus und im Exil lebenden Journalisten zu unterstützen – auch während des erzwungenen vorübergehenden Aufenthalts im Ausland (durch Unterstützung von Nachrichtenredaktionen, Erwerb neuer Arbeitsmaterialien, psychologische und sonstige Hilfe usw.).

- 2.2 Mehr als 35 000 Menschen wurden verhaftet, Tausende wurden von den Sicherheitskräften geschlagen, und einige Demonstranten wurden getötet. Der EWSA hat jedoch bereits betont, dass die tatsächlichen Zahlen viel höher sein könnten, da viele Fälle nach wie vor nicht gemeldet werden. Alle Hauptgegner Lukaschenkos sind mittlerweile inhaftiert oder ins Ausland geflohen. Menschenrechtsaktivisten zufolge gelten seit dem Frühjahr 2022 [über 1 100 Personen](#)¹ in Belarus als politische Gefangene und sind dort nach wie vor in Haft, darunter die bekanntesten Oppositionellen.
- 2.3 Während dieser gesamten Zeit berichteten Journalisten, Blogger und Autoren² über die Proteste. Sie dokumentierten Polizeigewalt, lieferten wahrheitsgemäße Informationen, suchten in der Stadt nach funktionierenden Internetverbindungen, um Beweisaufnahmen hochzuladen, und taten alles, um einer Verhaftung zu entgehen. Ihnen ist es zu verdanken, dass die ganze Welt von der beispiellosen Menschenrechtskrise in Belarus erfahren hat. Die unglaubliche Arbeit der belarussischen Journalisten, die Mühen, die sie auf sich nehmen, um ihre Berichte zu veröffentlichen, und die Tatsache, dass sie dabei sogar ihr Leben und manchmal das ihrer Familien riskieren, damit wir die Wahrheit erfahren können: all dies muss unbedingt anerkannt werden. Allen mutigen und friedlichen Demonstranten, die sehr kreative Wege gefunden haben, um ihren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, muss ebenfalls Anerkennung gezollt werden.

3. Hindernisse für das Funktionieren der unabhängigen belarussischen Medien

- 3.1 Das [Komitee zum Schutz von Journalisten](#) (CPJ) hat dokumentiert, dass inhaftierte Journalisten geschlagen wurden; dokumentiert wurden auch die Versuche der Behörden, Medieneinrichtungen zu schließen, das Internet zu blockieren, Redaktionen zu durchsuchen, Journalisten zu schikanieren und immer neue Anschuldigungen gegen die Inhaftierten zu erheben. Viele Journalisten wurden mehrfach inhaftiert. Mindestens 300 Journalisten haben Belarus verlassen, während die anderen im Land geblieben sind und dort weiterhin aktiv sind.
- 3.2 Im Jahr 2020 sollen mindestens 62 Journalisten Gewalt oder Misshandlungen ausgesetzt gewesen sein. Der belarussische Journalistenverband berichtet, dass mit Stand vom 31. März 2021 15 Medienbeschäftigte strafrechtlich verfolgt werden und dass mindestens drei von ihnen eine Haftstrafe verbüßen: Kazjaryna Bachwalawa (Andrejewa) und Darja Tschulzowa von Belsat TV wurden wegen Live-Streamings der Proteste vom 15. November zu zwei Jahren Haft verurteilt.

¹ Zentrum für Menschenrechte Wiasna: <https://prisoners.spring96.org/en>.

² Bücher über die Unruhen in Belarus, die von Exilschriftstellerinnen und -schriftstellern veröffentlicht wurden – aktuelle Beispiele auf dem deutschen Buchmarkt sind: Cimafiejeva, Julia: *Minsk. Tagebuch*, Berlin 2021; Bota, Alice: *Die Frauen von Belarus. Von Revolution, Mut und dem Drang nach Freiheit. Gespräche mit Swetlana Tichanowskaja, Maria Kolesnikowa, Veronika Zepalko und anderen*, Berlin 2021; Shparaga, Olga: *Die Revolution hat ein weibliches Gesicht: Der Fall Belarus*. Berlin 2021; Alekseenok, Vitali: *Die weißen Tage von Minsk: Unser Traum von einem freien Belarus*, Frankfurt/Main 2021; Filipenko, Sasha: *Der ehemalige Sohn: Roman*, Zürich 2021; Bacharevič, Alhierd: *Sie haben schon verloren: Repression und Revolte in Belarus*, Berlin 2021; u.v.a.

Kazjaryna Baryssewitsch von Tut.by wurde zu sechs Monaten verurteilt, weil sie die offizielle Lesart, wonach Raman Bandarenka zum Zeitpunkt seiner Festnahme betrunken gewesen sei, angefochten hatte. Gegen sie wurde gemäß Artikel 178 Absatz 3 des Strafgesetzbuchs („Offenlegung medizinischer Geheimnisse mit schwerwiegenden Folgen“) Anklage erhoben. Im Dezember 2021 wurden die Blogger Igar Losik, der auch für RadioFreeEurope/RadioLiberty arbeitet, und Eduard Paltschis zu 15 bzw. 13 Jahren Haft verurteilt. Auch im Jahr 2022 verurteilt das belarussische Regime weiterhin Journalisten und Blogger. Im Januar wurde der belarussische Journalist Aliaksandr Iwulin zu zwei Jahren Haft verurteilt. Im März wurde der RFE/RL-Journalist Aleg Gruzdzilowitsch zu 18 Monaten Haft verurteilt.

- 3.3 Die Welle der Festnahmen und Inhaftierungen von Medienschaffenden erreichte im August und September 2020 ihren Höhepunkt. Dem belarussischen Journalistenverband zufolge wurden im Jahr 2020 mindestens 477 Journalisten inhaftiert, 97 in Verwaltungshaft genommen, weitere 15 strafrechtlich verfolgt. Reporter ohne Grenzen schätzt, dass im Monat August 10 % der verhafteten Journalisten zu Verwaltungshaft verurteilt wurden; bis November war es fast jeder zweite Journalist, wobei die Haftdauer auf durchschnittlich 13 Tage gestiegen war.
- 3.4 In der EU herrscht tiefe Besorgnis über die Unterdrückung zahlreicher Journalisten und die Repressalien, mit denen die Arbeit freier Medien in Belarus unmöglich gemacht werden soll. In einem gemeinsamen Bericht der als Medienwächter fungierenden Organisation [Reporter ohne Grenzen](#) (RSF) und der in der Schweiz ansässigen Weltorganisation gegen Folter (OMCT) heißt es, dass Lukaschenko ein Unterdrückungssystem aufgebaut hat, das darauf abzielt, Journalisten mundtot zu machen.
- 3.5 In dem Bericht wurden Dutzende gewaltsamer Zusammenstöße mit der Polizei beschrieben. So wurden u. a. Gummigeschosse auf Reporter abgefeuert. Dem Journalisten Ruslan Kulevich von Hrodna.life wurde eine medizinische Behandlung seiner gebrochenen Hände verweigert, nachdem er mit Stöcken geschlagen und zwei Tage lang inhaftiert worden war. Die Behörden gingen gegen Journalisten vor, die über Proteste berichteten und sie live übertrugen. Die Betroffenen wurden verhaftet und der Teilnahme an unerlaubten Massenveranstaltungen sowie der illegalen Verbreitung von Medienprodukten beschuldigt.
- 3.6 Razzien, Durchsuchungen, Vernehmungen und andere Formen des Drucks und der Einschüchterung von Medien wurden 2021 fortgesetzt. Am 14. Januar wurde das Redaktionsbüro der unabhängigen Nachrichtenagentur BelaPAN durchsucht. Dies geschah offenbar im Zusammenhang mit einer Untersuchung gegen einen ehemaligen Mitarbeiter – den Journalisten Andrei Aliaksandrau, der am 13. Januar verhaftet und wegen der Teilnahme an den Protesten angeklagt worden war. Mehrere internationale Beobachter, darunter der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, äußerten sich tief besorgt über die Massendurchsuchungen, die am 16. Februar gegen Medienschaffende in ganz Belarus durchgeführt wurden.
- 3.7 Am 23. Mai sorgten die belarussischen Behörden für einen weltweiten Aufschrei, als sie ein Linienflugzeug auf dem Weg nach Litauen zur Landung in der belarussischen Hauptstadt Minsk zwangen, um dort zwei Fluggäste – den im freiwilligen Exil lebenden Journalisten Raman Pratasevich und seine Freundin Sofia Sapega – festzunehmen. Diese schockierende Taktik zeigt

schlaglichtartig, wie weit Aleksander Lukaschenko zu gehen bereit ist, um seine Kritiker zu stellen und sie zu bestrafen.

- 3.8 Bis Ende 2021 hatten die belarussischen Behörden die meisten bekannten unabhängigen Medien und populären Social-Media-Kanäle geschlossen und sie dabei als „extremistisch“ eingestuft. Die Behörden nahmen außerdem Organisationen ins Visier, die Journalisten unterstützen. Der belarussische Journalistenverband (BAJ), eine Interessenvertretung, berufsständische Vereinigung und Partner des CPJ, wurde angewiesen, seine Tätigkeit nach 26 Jahren einzustellen. Die Verbandsvorsitzenden beobachteten weiterhin Verstöße gegen die Pressefreiheit in Belarus.
- 3.9 Der Presseclub Belarus, der Journalisten bei der Aus- und Fortbildung sowie beim Kapazitätsaufbau unterstützte, wurde geschlossen. Seine Leiterin, Yulia Slutskaya, und andere Mitarbeiter wurden inhaftiert. Sie wurden erst freigelassen, nachdem sie den Präsidenten um Begnadigung gebeten und eine hohe Geldstrafe zur Begleichung angeblich hinterzogener Steuern gezahlt hatten.
- 3.10 Außerdem haben die belarussischen Behörden zusätzliche Maßnahmen ergriffen, damit keine Informationen über Häftlinge an lokale und internationale Medien weitergegeben werden. Viele Rechtsanwälte wurden zur Unterzeichnung von Geheimhaltungsvereinbarungen gezwungen, damit sie nicht über die Fälle sprechen; einigen Anwälten wurde sogar die Lizenz entzogen. Die Haftbedingungen in Belarus sind hart. Journalisten sind in der Regel in Zellen mit einem Dutzend anderer Häftlinge untergebracht, von denen einige unter Krankheiten wie COVID-19 oder Läusebefall leiden. Viele haben gesundheitliche Probleme, erhalten aber nicht die notwendige medizinische Behandlung. Ksenia Lutskina wurde im Dezember 2020 inhaftiert und soll wegen ihrer Arbeit als Journalistin eine siebenjährige Haftstrafe verbüßen. Wie ihr Vater Aleh Lutksin gegenüber dem CPJ erklärte, leide sie an einem fortschreitenden, starke Kopfschmerzen verursachenden Gehirntumor. Sie bekomme Schmerzmittel, aber die von ihr benötigten Untersuchungen und Medikamente würden ihr verweigert (die belarussischen Behörden lassen die Anfragen des CPJ über den Zustand von Häftlingen unbeantwortet.) Der EWSA appelliert an die Mitarbeiter ausländischer Botschaften und internationaler Organisationen, weiterhin Zugang zu den Gefängnissen zu fordern, sowie an die Regierungen und Menschenrechtsorganisationen, sich für die Freilassung von Journalisten und Bloggern einzusetzen.
- 3.11 Trotz der massiven Repressalien gibt es in Belarus eine Reihe von Nachrichten-Websites und -Kanälen, die wichtige Informationen über die Lage im Land und der gesamten Region liefern (darunter [Zerkalo](#), [Radio Svoboda](#), [Belsat TV](#), [The Village](#), [Euroradio](#), [Nasha Niva](#), [Novy Chas](#)). Allerdings bieten nur wenige dieser Medien Übersetzungen in Englisch oder anderen europäischen Sprachen. Unlängst hat Belsat eine englischsprachige Rubrik eingerichtet, die sich jedoch noch im Aufbau befindet.
- 3.12 Schätzungen zufolge kostet die journalistische Arbeit aus dem Ausland drei- bis viermal mehr als die Arbeit in Belarus. Flexibilität bei der Bereitstellung von EU-Hilfen ist entscheidend, denn die Journalisten sind es nicht gewohnt, so viele finanzielle Formalitäten zu erledigen, und ihnen fehlen auch die Zeit und die administrativen Fähigkeiten.

- 3.13 Derzeit befinden sich in Belarus mehr Journalisten im Gefängnis als je zuvor in den drei Jahrzehnten, in denen das CPJ Zählungen der Inhaftierten vornimmt. Vielen drohen lange Haftstrafen im Zusammenhang mit Vergeltungsmaßnahmen oder Anklagen wegen staatsgefährdender Aktivitäten, wie etwa Landesverrat. Die Lage der Journalisten in den belarussischen Gefängnissen dürfte sich weiter verschlechtern. Die verbleibenden unabhängigen regionalen Medien in Belarus wie *Intex Press* benötigen möglicherweise Unterstützung, um die Kosten der Verlegung ihrer wichtigsten Mitarbeiter ins Ausland tragen zu können. Praktisch alle unabhängigen regionalen Medien in Belarus wurden in den vergangenen anderthalb Jahren unterdrückt. Einige von ihnen arbeiten weiter, aber es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis sie den jüngsten harten Maßnahmen zum Opfer fallen werden.
- 3.14 Hunderte belarussische Journalisten sind bereits ins Ausland geflüchtet, doch viele bleiben im Land und sind nun noch größeren Risiken ausgesetzt, da sich Belarus in letzter Zeit de facto zu einem vom Kreml okkupierten Territorium entwickelt hat. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die ohnehin schon katastrophalen Bedingungen für unabhängige Medien bald noch weiter verschlechtern werden. Es ist außerdem wichtig, nicht nur die Journalisten unabhängiger Medien, sondern auch prodemokratische Blogger und Influencer zu unterstützen. Sie erreichen ein breites Publikum, haben aber möglicherweise keine Verbindungen zu einem bestimmten Medienunternehmen. Mit jedem Tag gibt es weniger Medien und Verteidiger der Pressefreiheit, die über die Bedingungen der Journalisten, die anstehenden Gerichtsverfahren und die Urteile berichten könnten. Diejenigen, die sich nicht beirren lassen, wie die Journalisten des BAJ, riskieren selbst Gefängnisstrafen. Lukaschenkos bisheriges Vorgehen lässt keinen Zweifel daran, was von ihm zu erwarten ist: Er dürfte die gesamte Palette der Repressalien einsetzen, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen.
- 3.15 Reporter ohne Grenzen hat die Arbeitsbedingungen für die freien Medien in Belarus sehr eindrucksvoll dargestellt: Auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit belegt Belarus derzeit Platz 158 von 180. Damit ist das Land nicht weit von Nordkorea und Turkmenistan entfernt. Belarussische Journalisten, die ins Ausland geflohen sind, haben große Mühe, in den jeweiligen Gastländern Fuß zu fassen. Eines ihrer größten Probleme ist dabei oftmals die Anerkennung ihrer Qualifikation als Journalist durch diese Länder. Sie ist besonders wichtig, um finanzielle Unterstützung erhalten zu können, da die Finanzierung auch an die Vorlage früherer journalistischer Arbeiten geknüpft ist. Deshalb ist es beispielsweise für einen Blogger oder den Moderator einer Telegram-Gruppe nicht immer einfach, seine journalistische Arbeit zu belegen.
- 3.16 Bürgerjournalismus, Crowdsourcing und ein Netz von *Samisdat*- in Eigenregie herausgegebene Zeitungen – haben besondere Beliebtheit erlangt. Eine *Samisdat*-Initiative, ByPrasvet, hat erklärt, dass sie monatlich 400 000 Faltblätter und selbstgefertigte Zeitungen auflegt. Seit September 2020 haben lokale *Samisdat*-Initiativen etwa drei Millionen Exemplare verteilt. Derzeit gibt es in Belarus 15 derartige Initiativen.
- 3.17 Noch schwieriger ist die Situation etwa für Buchautoren. Abgesehen davon, dass Literatur ein wichtiges Medium des Widerstands ist, trägt sie auch dazu bei, Belarus und die aktuelle Lage im Westen besser bekannt zu machen. Zwar gibt es bereits einige Programme für Journalisten, doch ist es für Schriftsteller nach wie schwierig, im Exil Fuß zu fassen – vor allem finanziell. Neben den sprachlichen Problemen im Aufnahmeland besteht die Schwierigkeit, auf dem sehr

komplexen Medienmarkt dieses Lands eine neue Anstellung zu finden. Eine Volontariatsstelle zu erhalten ist äußerst schwierig, zumal belarussische Journalisten nicht immer mit offenen Armen aufgenommen werden.

- 3.18 Deshalb ist es umso wichtiger, dass neu angekommene Journalisten Hilfe von anderen Belarussen erhalten, die bereits in den betreffenden Ländern leben. Ihre Hilfe kann den Neuanfang erheblich erleichtern.
- 3.19 Ein weiterer wichtiger Aspekt für im Exil lebende Journalisten ist die Anerkennung ihrer wichtigen Arbeit durch etablierte Medienhäuser. Dabei geht es nicht nur um belarussische Medien, sondern um international anerkannte Einrichtungen wie Radio Free Europe.
- 3.20 Angesichts der Tatsache, dass Tausende von Medienschaffenden aus Belarus ins Exil gegangen sind, fällt die finanzielle Hilfe in den Gastländern oft sehr spärlich aus. Als der größte Mitgliedstaat der Europäischen Union hat Deutschland im Jahr 2020 nur bescheidene 500 000 EUR für belarussische Medien und Journalisten bereitgestellt (laut einem Bericht des Bundestags). Obwohl die Hilfe im Jahr 2021 verdreifacht wurde, reicht sie bei Weitem nicht aus, um diesen vielen Menschen einen Neuanfang zu ermöglichen oder für eine freie Berichterstattung in ihrer Heimat zu sorgen. Dies könnte durch die Vergabe von Arbeitsstipendien, die Einladung belarussischer Journalisten zur Mitarbeit in den Mittel- und Osteuropa-Fachredaktionen großer Zeitungen in ganz Europa sowie andere Formen der Hilfe und Unterstützung erfolgen³.

³ Unabhängige Medien und Medienschaffende können direkt durch Initiativen wie MediaSol unterstützt werden; die gesammelten Gelder dienen als Stipendien und Zuschüsse für Journalisten, die wegen ihrer Mitarbeit in unabhängigen Medien unterdrückt werden, oder zur Finanzierung eines zeitweiligen Aufenthalts im Exil (<https://bysol.org/en/initiatives/mediasol/>). Auf der Website des belarussischen Journalistenverbands gibt es Informationen darüber, wie unabhängige Medien unterstützt werden: <https://baj.by/en/analytics/ways-support-independent-media-february-9-and-every-day>.